

Ausgabe Nr. 8 / 23.6.2000

*In aller Kürze*

- Mehrere Gründe sprechen zur Zeit für eine längerfristige Lohnzurückhaltung. Der wichtigste ist der positive Beschäftigungseffekt, den das IAB in seinen Simulationsrechnungen nachgewiesen hat.
- Die Frage bleibt: Wie kann diese Politik der Lohnzurückhaltung ausgestaltet werden, damit sie von der Gesellschaft akzeptiert wird?
- Das IAB plädiert seit längerem für eine verstärkte Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer. Neben der Lohnkompensation ließen sich damit nämlich noch weitere Ziele verfolgen:
- So könnte der fortschreitenden Polarisierung in der Einkommens- und Vermögensverteilung besser entgegengewirkt werden als über Nominallohnerhöhungen. Zumal letztere allzu leicht durch eine Lohn-Preis-Spirale wieder zunichte gemacht werden.
- Nicht zuletzt würde das Instrument auch zur Entschärfung des Rentenproblems beitragen: Eine breite Beteiligung am Produktivvermögen könnte allmählich zum Kern einer ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge werden.
- Die Gespräche im „Bündnis für Arbeit“ bieten eine gute Gelegenheit, beschäftigungspolitische Erfordernisse mit mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu verbinden. Man sollte sie nutzen.

*Autor/in*

**Gerhard Kühlewind**

## Vermögensbeteiligung

# Drei auf einen Streich

*Durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ließen sich Arbeitsmarkt-, Renten- und Verteilungsprobleme reduzieren - Bald Thema im Bündnis für Arbeit*

**Alte Ideen werden wieder brandaktuell: Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen soll in einer der nächsten Gesprächsrunden zum „Bündnis für Arbeit“ auf die Tagesordnung. Die Analyse des Konzeptes unter beschäftigungs-, verteilungs- und rentenpolitischen Gesichtspunkten zeigt: Es lassen sich sogar mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.**

### Das IAB-Strategiebündel

Zentraler Bestandteil des IAB-Strategiebündels für mehr Beschäftigung ist eine „längerfristig zurückhaltende Tarifpolitik bei den Löhnen, deren Anstieg zunächst hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleibt und diesen später nicht überschreitet“. Die Simulationsrechnungen machen deutlich, dass die positiven Beschäftigungseffekte einer Lohnzurückhaltung sehr langsam anlaufen, erst mittelfristig spürbar, längerfristig jedoch äußerst beachtlich werden (vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 7/1996).

Bei der Lohnzurückhaltung liegt die Betonung also auf dem Wort „längerfristig“, was allein schon angesichts des Ausmaßes der Unterbeschäftigung in einer Größenordnung von 6 - 7 Millionen fehlender Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt unmittelbar einleuchtend sein dürfte.

Ganz besonders ist eine längerfristig zurückhaltende Lohnpolitik aus beschäftigungspolitischen Gründen für die neuen Bundesländer geboten, da hier im Durchschnitt immer noch ein starker Produktivitätsrückstand gegenüber den alten Bundesländern existiert. Überdies bedarf es wegen des hohen Sanierungs- und

Modernisierungsbedarfs noch auf viele Jahre gewaltiger Investitionsanstrengungen und entsprechender Nettotransfers von West nach Ost.

Eine weitere längerfristige Lohnzurückhaltung ist auch deshalb unverzichtbar, weil die deutsche Wirtschaft noch nie einem derartigen globalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt war. Dies gilt sowohl für die Güter- als auch für die Dienstleistungsmärkte und damit - direkt und indirekt - auch für die Arbeitsmärkte. Die weltweite Niedriglohnkonkurrenz ist spürbar stärker geworden.

Eine längerfristig zurückhaltende Lohnpolitik wird aber in Zukunft möglicherweise sogar erzwungen, da sich die relativen Knappheitsverhältnisse von Kapital, Wissen und Arbeit zunehmend zu Lasten der Arbeit verschieben. Die einfache Arbeit als Produktivfaktor wird weiter an Bedeutung verlieren, der Einsatz von Wissen und Kapital dagegen dominieren.

Die zentrale Frage lautet damit: Wie kann eine Politik der Lohnzurückhaltung so ausgestaltet werden, damit sie von der Gesellschaft akzeptiert wird? Die Einkommens- und Vermögensverteilung wird nämlich in Deutschland immer ungleicher, wie noch gezeigt wird.

## Die IAB-AGENDA für mehr Beschäftigung

„Lohnzurückhaltung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gehören zusammen“ - so lautet das Kapitel A4 der „IAB-Agenda 98 - Wissenschaftliche Befunde und Empfehlungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ (vgl. IAB-Werkstattbericht Nr. 10 vom 28.09.1998). Eine Politik der verstärkten Vermögensbeteiligung breiter Schichten könnte in der Tat geeignet sein, den gesellschaftlichen Grundkonsens für diese notwendige beschäftigungsorientierte Lohnzurückhaltung mit langem Atem herbeizuführen. Zudem ergäbe sich die seltene Konstellation, dass man mit einem Instrument auch noch andere hochrangige Ziele verfolgen könnte (Zielkongruenz).

## Die Verteilungsfrage

Trotz 936 DM-Gesetz und einer ganzen Reihe zusätzlicher vermögenspolitischer Förderungsbestimmungen haben sich - bei gleichzeitiger Wohlstandsmehrung - sowohl die Einkommens- wie die Vermögensunterschiede seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer stärker ausgeprägt (vgl. z. B. Kommission für Zukunftsfragen, 1997, S. 74 ff).

1995 war z. B. der Einkommensanteil des wohlhabendsten Fünftels der westdeutschen Einkommensbezieher mit 37,5 % mehr als viermal so hoch wie der des einkommensschwächsten Fünftels mit lediglich 9,1 % des verfügbaren Einkommens. Allein von 1978 bis 1995 verdoppelte sich nahezu der Anteil der Personen, die ein Einkommen von weniger als 50 % des durchschnittlichen Einkommens hatten (von 6,5 % auf 11,9 % der Einkommensbezieher insgesamt).

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei der Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik Deutschland, wobei hier die Unterschiede - insbesondere zwischen West- und Ostdeutschland - noch krasser sind als bei den Einkommen. So wird für das Jahr 1994 das Bruttogesamtvermögen (privates Nettovermögen + Betriebsvermögen) in Westdeutschland auf rd. 465.000 DM, in Ostdeutschland

dagegen auf rd. 134.000 DM pro Haushalt geschätzt. Das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung verfügte 1993 über mehr als zwei Fünftel des Immobilien- und Geldvermögens, während das einkommensschwächste Fünftel lediglich ein Vierzehntel besaß.

Besonders unterentwickelt ist aber die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. So flossen bislang nur 10 % der staatlich geförderten vermögenswirksamen Leistungen in diese Vermögensart, der Rest insbesondere in die Finanzierung von Bausparverträgen und Lebensversicherungen. Dazu z. B. Norbert Blüm auf seine bekannt deutliche Art: „Wellen überzogen das westdeutsche Wirtschaftswunderland, auch Vermögenswellen - Geldvermögen, Wohnungseigentum, Auto .... Aber eine breite Welle der Vermögensbildung im produktiven Bereich brach sich an den alten Riffen der hergebrachten Kapitalbindungen. Dafür gab es viele Gründe, und einer davon war die alte Lohnmaschine. Sie ratterte wie eh und je, gut geschmiert von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Kapital und Arbeit. Diese Maschine spuckte viel Geld, aber eben kaum Kapitalbeteiligung aus. Und betroffen reiben wir uns die Augen und sehen, dass sich nicht viel in der alten Kapitalverteilung verändert hat.“ (Blüm, N. 1991).

## Die monetäre Falle der Nominallohnpolitik

Einer der größten Irrtümer unserer Zeit hält sich also schon seit Jahrzehnten. Es ist der Glaube, man könne über hohe Nominallohnsteigerungen die Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer entscheidend verbessern. Dies gelingt nicht und die Erklärung dafür ist ganz simpel: Wächst die monetäre Konsumnachfrage der Haushalte als Folge von Lohnerhöhungen oder durch die Auflösung von Ersparnissen stärker als das im Inland verfügbare reale Konsumgüterangebot, so kommt es zum Zwangssparen über steigende Preise (monetäre Falle der Nominallohnpolitik). Dies gilt umso mehr, wenn das reale Konsumgüterangebot durch Exportüberschüsse - wie so oft in Deutsch-

land - zusätzlich verringert wird. Die übliche Lohnpolitik kann deshalb bestenfalls kurzfristig Änderungen in den Verteilungsquoten erreichen.

## Das System der Sozialen Sicherheit

In der Debatte um die längerfristige Zukunft der Sozialen Sicherung geht es insbesondere um demographisch bedingte Finanzierungsprobleme. Liegt z. B. das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern heute bei etwa 2:1, so könnte es nach dem Jahr 2030 schon etwa 1:1 betragen. Verschärft wird die Lage dadurch, dass „normale“ Arbeitsverhältnisse von „atypischen“ Beschäftigungsformen mehr und mehr verdrängt werden. Die Sicherung des Lebensstandards von immer mehr und immer länger lebenden Rentnern konkurriert mit der Sicherung der Wertschöpfung und Einkommensentstehung am Standort Deutschland im globalen Wettbewerb. Das ist der Gegensatz, der sich in Zukunft verstärkt, und der ökonomisch sinnvoll überbrückt werden muss.

Eine breite Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen würde allmählich zum Kern einer ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge werden. Dies könnte dem umlagefinanzierten Sicherungssystem, insbesondere der Rentenversicherung, über die Belastungsspitzen zwischen 2030 und 2045 hinweghelfen und damit seinen Bestand nachhaltig sichern.

Die Vermögenserträge könnten allmählich auch für die breite Masse der „kleinen Leute“ zu einer wichtigen Grundlage des Lebensunterhalts neben der abhängigen Erwerbsarbeit werden. Die Vermögenssubstanz würde zugleich als ergänzende Absicherung für Existenzrisiken, als Sicherheit für Risikokapital und als Grundlage für den Start in selbständige Existenzgründung dienen können.

## Kein Zögern mehr, Beteiligung jetzt!

Längerfristige Lohnzurückhaltung bedarf aus verteilungspolitischen Gründen einer Flankierung, wenn dem sozialen Grundkonsens unserer Gesellschaft nicht der Boden entzogen werden soll. Nicht zuletzt ist dieser Grundkonsens einer der wichtigsten positiven Standortfaktoren der Bundesrepublik Deutschland.

In der betrieblichen Praxis hat sich zwar inzwischen eine ganze Reihe von konkreten Modellen herausgebildet, Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen zu beteiligen. Dennoch sind sie bislang eher die Ausnahme denn die Regel. Die Stichworte sind: Mitarbeiterdarlehen, Schuldverschreibungen, Stille Beteiligung, Genussrechte, Belegschaftsaktien, GmbH-Anteile, Genossenschaftsanteile, Arbeitnehmerstiftungen, Mitarbeiterunternehmen - mit jeweils unterschiedlichen Chancen und Risiken.

In der Diskussion sind viele weitere Modelle für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Beispielfähig dafür sei der Investivlohn herausgegriffen. Dessen Grundgedanke ist, einen Teil der Lohneinkünfte bzw. der Lohnerhöhungen nicht an die Arbeitnehmer auszuzahlen, sondern für die Finanzierung von Investitionen bereitzustellen (Beispiel: Lohnerhöhung 3,5 %, Auszahlung an die Arbeitnehmer 2 %, Einbehalt für Investitionen 1,5 % unter Erwerb von Beteiligungsrechten). Auch könnte z. B. die Vergütung für Überstunden investiv verwendet werden. Gefordert werden außerdem die Steuer- und Abgabenfreiheit des Investivlohnanteils oder auch eine entsprechende Beteiligung der Arbeitgeberseite.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es zunächst nachrangig, wie das über den Investivlohn gebildete Kapital gesammelt, verwaltet und bereitgestellt wird. Die Vorschläge reichen von einem zentralen Fonds bis hin zur ganzen Variationsbreite betrieblicher und überbetrieblicher Anlagemöglichkeiten und Beteiligungsmodelle.

Wenn man in Zukunft die Strategie der längerfristigen Lohnzurückhaltung tatsächlich durchsetzen und durchhalten will, wird man an einem Beteiligungs-

konzept wohl nicht vorbeikommen. Eine breite Vermögensstreuung, insbesondere die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand, kann als Programm für eine neue Wirtschaftspolitik und für die Sicherung des Standortes Deutschland im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ verstanden werden. Nicht zuletzt geht es dabei um eine mit der Vermögensbeteiligung verbundene Mitsprache und Mitverantwortung in einer kooperativen Gesellschaft der Zukunft.

Attentismus ist in der Politik ein schlechter Ratgeber. Jeder Tag, den man verstreichen lässt, verschärft die Probleme, die unweigerlich auf uns zukommen. Die Gespräche im „Bündnis für Arbeit“ sind eine gute Gelegenheit, beschäftigungspolitische Erfordernisse mit mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu verbinden. Man sollte sie beim Schopfe packen.

## Literatur

*Arentz, H.-J./Stihl, H.P. (Hrsg.) (1998): Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wege zu einer Gesellschaft von Teilhabern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studie Nr. 160.*

*Blum, N. (1991): Von Mitarbeitern zu Eigentümern, in: Süddeutsche Zeitung, 09.08.1991.*

*Hauser, R. (1997): Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland, Gutachten für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Frankfurt am Main.*

*Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (1993): Beteiligung am Produktiveigentum, Hannover/Bonn.*

*Klauder, W./Schnur, P./Zika, G. (1996): Strategien für mehr Beschäftigung - Simulationen bis 2005 am Beispiel Westdeutschland -, IAB-Kurzbericht Nr. 7, 02.08.1996.*

*Kleinhenz, G. (1998). Was zu tun ist - AGENDA für mehr Beschäftigung in Deutschland, IAB-Kurzbericht Nr. 15, 28.09.1998*

*Kleinhenz, G./Kühlewind, G. (2000): Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung und Vermögensbildung: Ein grundlegender Zusammenhang für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft, in: Lüdeke, R., Scherf, W., Steden, W.: Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik, Berlin.*

*Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland - Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen -, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn.*

*Kühlewind, G. (1993): Der Investivlohn im Lichte volkswirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge, in: Kirchenamt ... (Hrsg.), a. a. O.*

*Staudt, W. (1998): Vermögenspolitischer Förderrahmen und neue Fördermodelle zur Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, in: Arentz, H.-J. ... (Hrsg.), a. a. O.*

---

## Die letzten Ausgaben des IAB*Kurzbericht* im Überblick

---

- Nr. 13 Zwischenbilanz  
23.9.99 **Rolle der Europäischen Union in der Beschäftigungspolitik**  
Die gemeinsamen Initiativen sind hilfreich, doch bleiben die einzelnen Mitgliedsländer in der Pflicht
- Nr. 14 Studienfachwahl und Arbeitslosigkeit  
29.9.99 **Frauen sind häufiger arbeitslos - gerade wenn sie ein „Männerfach“ studiert haben**  
Die These, höhere Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen liege an geschlechtstypischer Fachwahl, ist nicht zu halten
- Nr. 15 Hilfen für Existenzgründer  
1.10.99 **Bessere Fördertechnik in den Vereinigten Staaten**  
Pffiffige Finanzierungskonzepte erleichtern dort auch Arbeitslosen den Sprung in die Selbständigkeit  
- Bei uns herrscht Mangel im Überfluß - Vernetzung als Ausweg
- Nr. 16 Internationale Vergleiche  
18.11.99 **Vom Sorgenkind Europas zum keltischen Tiger**  
Die Erfolgsgeschichte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Irland
- Nr. 1 Bundesrepublik Deutschland  
29.2.00 **Der Arbeitsmarkt im Jahr 2000**  
Beschäftigungsanstieg und Angebotsentlastung lassen die Arbeitslosigkeit kräftig sinken
- Nr. 2 Wege zu mehr Beschäftigung  
24.3.00 **Strategiebündel des IAB auf dem Prüfstand**  
Die Chancen für eine Umsetzung der Vorschläge vom Sommer 1996 sind gestiegen
- Nr. 3 „Greencard“ für Computerfachleute  
4.4.00 **Anwerbung kann Ausbildung nicht ersetzen**  
Die aktuelle Diskussion deckt Versäumnisse bei der Erstausbildung in IT-Berufen auf
- Nr. 4 Arbeitsmarktausgleich  
18.4.00 **Regionale Mobilität gestiegen**  
Bei einem Betriebswechsel werden immer öfter größere Entfernungen überwunden – gerade auch von Arbeitslosen
- Nr. 5 Anwerbung von IT-Spezialisten  
15.5.00 **Der amerikanische Weg – ein Modell für Deutschland?**  
Neben der „green card“ haben die USA ein erfolgreiches Programm für die befristete Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland eingerichtet
- Nr. 6 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 1  
16.5.00 **Moderne Technik bringt neue Vielfalt in die Arbeitswelt**  
Der Computer prägt immer mehr Arbeitsplätze ohne die herkömmlichen Arbeitsmittel zu verdrängen
- Nr. 7 Arbeitsmittel in Deutschland – Teil 2  
17.5.00 **Moderne Technik kommt heute überall gut an**  
Zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten am Computer - Frauen wie Männer, die Hilfskraft wie die Führungskraft

*Die Reihe IABKurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der Broschüre „Veröffentlichungen“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).*

---

### *IABKurzbericht*

Nr. 8 / 23.6.2000

#### **Redaktion**

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

#### **Graphik & Gestaltung**

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

#### **Technische Herstellung**

Hausdruckerei der Bundesanstalt für Arbeit

#### **Rechte**

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

#### **Bezugsmöglichkeit**

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,  
Regensburger Str. 104,  
D-90327 Nürnberg  
Tel.: 0911/179-3025

#### **IAB im Internet:**

<http://www.iab.de>  
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

#### **Rückfragen zum Inhalt an**

Dr. Gerhard Kühlewind,  
Tel. 0911/179-3027

**ISSN 0942-167X**